

Ludwig-Erhard



LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR

WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2011

Am 7. Juli 2011 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren *Dr. Dorothea Siems*, Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der WELT-Gruppe, und *Dr. Werner Mussler*, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Brüssel. Die Förderpreise gingen an *Nils aus dem Moore*, Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation und Wissenschaftler des Kompetenzbereichs „Öffentliche Finanzen“ im Berliner Büro des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, *Sven Prange*, Reporter beim Handelsblatt, sowie *Anne Ruprecht* und *Jasmin Klofta*, freie Autorinnen für das Medienmagazin ZAPP beim Norddeutschen Rundfunk. Die Laudationes sprach das Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik *Dr. Peter Gillies*.



V.l.: Nils aus dem Moore, Sven Prange, Anne Ruprecht, Dr. Dorothea Siems, Dr. Werner Mussler, Dr. Hans D. Barbier, Dr. Peter Gillies, Jasmin Klofta

Fotos: Jan Röhl, Berlin

Laudationes

Dr. Peter Gillies

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Peter Gillies

Am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft wird derzeit besonders heftig herumgedeutet und gezerzt. Für viele bleibt sie das unbekannte Wesen, für andere treibt sie ihr bekanntes Unwesen. Optimisten trösten sich damit, dass sich hinter Energiewende, Klimawandel, Euro-Krise, Steuer- und Sozialpolitik noch Reste von Marktwirtschaft verbergen. Sicher ist das leider nicht.

Dass selbst in Zeiten einer blühenden Konjunktur das marktwirtschaftliche Prinzip, unter dessen Ägide dieser Wohlstand erwächst, kaum öffentlichen Applaus auslöst, wundert doch sehr – eine schleichende Selbstverzweigung. Selbst das Regierungspersonal zeigt sich verblüfft und fragt sich, ob der Bürger nur das Grundsätzliche verabscheut oder ein Opfer des Prekariats-Fernsehens geworden sei.

Da ist der Boden für die Entfernung von ordnungspolitischen Grundsätzen bereitet. Die sogenannte Energiewende gibt einen trefflichen Beleg für den Trend in Richtung Planwirtschaft ab: Der Staat reguliert die Erzeugung von Strom und kippt die Liberalisierung des Marktes. Auf seinen Befehl hin muss die Wirtschaft auf die besonders rentable Erzeugung von Strom verzichten und wird dazu verdonnert, stattdessen die mit Abstand unwirtschaftlichsten Methoden der Elektrizitätsgewinnung anzuwenden.

Damit verbindet er eine strenge Investitionslenkung, in die er die Unternehmen mit riesigen Subventionen lockt. Der marktwirtschaftliche Suchprozess nach der jeweils günstigsten Lösung wird ausgehebelt. Die Kosten dieser schleichenden planwirtschaftlichen Verstaatlichung werden ungefragt dem Verbraucher und Steuerzahler aufgebürdet. Keine sonnige, sondern eher eine windige Rückwärtswende.

Es mag ja hilfreich sein, in Zeiten, in denen sich angeblich alles wendet, Sachverstand anzubohren. Aber wenn eine Ethik-Kommission, in der Kirchenmänner, Politologen und Soziologen das große Wort führen, aber nur ein einziger Unternehmer am Tisch sitzt, über ökonomische Großprojekte entscheiden, gerät der Beobachter ins Grübeln. Vermutlich handelt es sich um ein Phänomen, das der Philosoph *Hermann Lübbe* als „Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft“ kennzeichnete.

Die Häufung dessen, was man als ordnungspolitischen Murks bezeichnet, fällt in den schweifenden Blick. Daran ändert auch nichts, wenn Berufene und Unberufene unserer Obrigkeiten ihre Ideen als alternativlos bezeichnen, in der Hoffnung, dies dulde keinen Widerspruch. Dabei ist es ja gerade die Stärke des marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprinzips, dass es stets eine Fülle von Alternativen eröffnet.

Verbal möchte man sich in Sachen Sozialer Marktwirtschaft nicht übertreffen lassen, wobei die Erwähnung *Ludwig Erhards* selbst müde Sonntagsreden und Interviews adelt. Tatsächlich verbergen sich dahinter meist Interventionismus, eine ausschweifende Subventionitis sowie bürgerliche Bevormundung.

So hat die obrigkeitliche Fürsorge für alle Wechselfälle des Lebens unbemerkt erstaunliche Formen angenommen. Da der Staat davon ausgeht, dass seine Bürger weitgehend unfähig sind, die Lebensklippen aus eigener Kraft zu umschiffen, hat er ein gewaltiges Betreuungsunwesen aufgebaut. Man hat sich offenbar daran gewöhnt, dass ohne amtliche Sonderbeauftragte und Amtshilfe nichts mehr geht.

So gibt es Gleichstellungsbeauftragte sowie Frauen-, Kinder-, Drogen-, Jugend- und Familienbeauftragte; neuerdings auch Männerbeauftragte, was sich jedoch noch nicht so recht durchgesetzt hat. Es gibt staatliche Sonderexperten für die gesunde Ernährung, gegen Geldwäsche und für den deutschen Baum, für Singles, für Ehepaare und



Raucher, für Nichtschwimmer, Radfahrer und Verbraucher, für den Sparererschutz, für Migration, Patienten und den Tourismus sowie für Rock- und Popmusik. Auch der Kampf gegen Ozon und Lärm ist ohne externe Sonderbeauftragte nicht zu bestehen. Es gibt Beauftragte für Rentner und Lehrlinge, für den Datenschutz und den Verkehr, für Lebenskrisen und Scheidungen und andere Missshelligkeiten.

Das Betreuungs- und Beratungsunwesen, dessen Arbeit eigentlich optimal in üppig ausgestatteten Ministerien und Behörden aufgehoben wäre, befördert die Unmündigkeit der Bürger und hält sie am Tropf staatlicher Daseinsvorsorge. Dass jeder Bürger kraftvoll für sich und die Seinen sorgt, gilt als angestaubt und irgendwie kaltherzig.

Ach, alles nur Petitessen am Rande des Alltags, mag man sagen. Kann sein. Aber die Gesellschaft hat sich schleichend an einen selbst gewählten Freiheitsentzug gewöhnt, an eine Form der Entmündigung, die sie auch noch selbst finanziert.

Die Soziale Marktwirtschaft soll Wohlstand und eine möglichst gerechte Verteilung schaffen, stets unter dem Ansporn des Wettbewerbs. Aber ihre alles überwölbende Bedeutung liegt in einem zentralen Ziel: der Freiheit. Sie bedeutet, Risiken zu wagen, für Haftung einzustehen und immer wieder die individuelle Verantwortung neu zu entdecken. Das deutsche Betreuungsunwesen passt dagegen dazu wie der Playboy in den Vatikan.

Schon 1957 hatte sich *Ludwig Erhard* beklagt: „Ich bin in der letzten Zeit erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit, vor allem im sozialen Bereich, erschallt.“ Noch erschrockener wäre *Ludwig Erhard* vermutlich, wenn er den Versorgungs- und Bevormundungsstaat von heute sehen könnte.

Verantwortung erneut zu entdecken, aktiviert jene Kräfte des Bürgers, die er bisher unter dem Schirm staatlichen Rundumschutzes und den üblichen Sicherheitsgarantien nicht zu aktivieren brauchte. Sie könnte ihm neue, vielleicht ungewohnte Freiheitsräume eröffnen, von denen der fürsorgliche Wohlfahrtsstaat ihn entwöhnte.

Hier geht es um weit mehr als um die missbräuchliche Ausnutzung von Sozialleistungen. Rückkehr zur Subsidiarität steuert der Entartung der Markt-

wirtschaft entgegen, die es in der Praxis zugelassen hat, dass jeder zweite Euro durch staatliche Kassen fließt, dass einige Millionen Menschen als arbeitslos registriert sind und dass die Umverteilung ins sogenannte Soziale auf so gewaltige Dimensionen angeschwollen ist – mit der merkwürdigen Folge, dass das Gefühl sozialen Wohlbefindens nicht zugenommen, sondern abgenommen hat.

Nun bin ich ein wenig ins Plaudern geraten. Vielleicht sind das auch nur die Phantomschmerzen eines zuweilen etwas ratlosen Ordnungspolitikers. Also zurück zu unserem Leitbild, in dessen Schatten wir uns hier versammeln. Dass dessen Deutungshoheit noch nicht völlig verloren gegangen ist, belegen die Arbeiten, die ich jetzt die Ehre habe, lobend zu erwähnen.

Nils aus dem Moore, Jahrgang 1977, ist Volkswirt, Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung im Berliner Büro, leitete drei Jahre das Ressort Kapital beim elitären Magazin Cicero und schrieb dort selbst die Kolumne mit dem beziehungsreichen Titel „Die Unsichtbare Hand“.



Nils aus dem Moore

Darin spießt er jene Themen auf, die alle erregt im Munde führen, aber nur wenige im Kopf. Er wertet gegen Gehaltsexzesse bei Banker-Boni, fabuliert über die Länge der sogenannten Brückentechnologie Kernkraft, er versucht, die Angst vor Privatisierung zu nehmen, und plädiert für ein Update unseres Wachstumsbegriffs – etwa nach dem Motto: „Ungefähr richtig ist besser als exakt falsch.“ *Nils aus dem Moore* hinterfragt die Windungen des Sozialstaates, spürt dem Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Lebensqualität nach, wobei die gängigen Parteimeinungen ihr Fett wegbekommen.

Die sogenannte große Steuerreform beäugt er misstrauisch und empfiehlt stattdessen eine Reform der verwirrenden Mehrwertsteuer. Dass hierzulande Esel mit 19, aber Maulesel mit sieben Prozent besteuert werden, Frühkartoffeln mit sieben und Süßkartoffeln mit 19 Prozent, versteht nicht nur er nicht. Leider hat die regierende Koalition

auch diese Empfehlung inzwischen ausgeschlagen. Wer die flott geschriebenen und intelligenten Kolumnen liest, lernt en passant auch einiges über die historischen Wurzeln der Ökonomie. Das erschien der Jury preiswürdig.



Sven Prange

Gleiches gilt für die „deutsche Schnapsidee“ – so der Titel des Artikels –, die sich der Handelsblatt-Reporter *Sven Prange*, Jahrgang 1982, vorgeknöpft hat. Eindruckvoll, zuweilen ironisch, schildert er, wie die deutschen Schnapsbrenner es gekonnt verstehen, eine schlagkräftige Allparteien-Lobby um sich zu scharen, um damit dem Fiskus jähr-

lich rund 80 Millionen Euro an Subventionen zu entreißen. Seit 1918 gibt es eine für die Branche segensreiche Behörde: die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. Sie kauft den rund 21 000 Brennereien jedes Jahr den Alkohol oberhalb des Marktpreises ab, reinigt den Fusel und verkauft ihn zum Marktpreis an Kosmetik- und Pharmafirmen.

Der trefflich organisierten und mit der Politik eng verwobenen Lobby gelingt es, diese Subvention nicht nur als bauernfreundlich und marktfördernd, sondern sogar als umweltbewusst zu verkaufen: Letzteres diene der Rettung der idyllischen Streuobstwiesen. Da sind 80 Millionen Euro Steuergeld gut angelegt, schließlich stellten die Schnapsgeförderten sogar die Speerspitze der deutschen Umweltbewegung dar. Den Obstbrennern gelang es, nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Politik von der Vorzüglichkeit dieser unsinnigen Subvention zu überzeugen. *Pranges* Prosit auf die deutsche Marktwirtschaft fiel der Jury zu Recht ins geneigte Auge.

Unser dritter Förderpreis geht an einen aufschlussreichen Beitrag des Fernsehmagazins *Zapp* vom Norddeutschen Rundfunk. *Jasmin Klofta* und *Anne Ruprecht* haben für den NDR die Betrugs-skandale via Börsenempfehlungen ausgeleuchtet. Im Geflecht von Vermögensberatern, Anlageschützern und Finanzjournalisten blüht ein unseriöses Geschäft: „Scalping“ – Skalpieren – nennt es die Branche. Dabei wird den Anlegern das Fell über die Ohren gezogen.

Der Trick ist schlicht: Es werden wertlose Aktien in höchsten Tönen gepriesen und ihre Marktchancen hochgejubelt. Wenn dann das genasführte Publikum genügend dieser Papiere erworben hat und die Kurse entsprechend gestiegen sind, steigen die Strippenzieher aus und machen Kasse. Danach fallen die Kurse ins Bodenlose, meist auf Tapetenniveau. Eine durch Beweise unterlegte Nestbeschmutzung, mit der einige Magazin-Journalisten die Glaubwürdigkeit der gesamten Branche des Finanzjournalismus aufs Spiel setzten. Die beiden Autorinnen beschränken sich auf eine luzide Recherche, enthalten sich jedoch aller schlaumeierischen Empfehlungen. Immerhin ein Stück Aufklärung im Fernsehen.



Jasmin Klofta



Anne Ruprecht

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 2011 gehen an zwei erprobte Journalisten: an Frau *Dr. Dorothea Siems*, Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der WELT-Gruppe, und an *Dr. Werner Mussler*, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Brüssel.

Frau *Dr. Siems* studierte Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin und promovierte dort über Japans Wirtschaftsstrategien in Asien. Ihre journalistischen Stationen: Handelsblatt, die Zeitschrift *DM*, *Wirtschaftsw*che und *Lausitzer Rundschau*, schließlich *Die Welt*. Sie ist verheiratet und hat vier Kinder im Alter zwischen fünf und 13 Jahren, was nebenbei auch ihre kenntnisreichen Bemerkungen zum Elterngeld glaubwürdig unterstreicht.



Dorothea Siems



Das Schreiben gehöre schon seit Jugendtagen zu ihrer Leidenschaft, bekennt sie. Journalistisch sei sie so etwas wie ein Krisengewinnler, denn mit den zunehmend zahlreichen Verwerfungen in Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik sei ökonomischer Durchblick in den Redaktionen besonders gefragt. Genau der kommt in ihren zahlreichen Veröffentlichungen zum Ausdruck.

Wenn sie den Schlingerkurs der Wirtschaftspolitik und das Herumlavieren in der Arbeitsmarktpolitik seziert, breitet sich Lesevergnügen aus. Mit spitzer Feder enttarnt sie jene Experten, die ein düsteres Gesellschaftsbild mit einer parasitären Oberschicht, einer schrumpfenden Mittelschicht und einem wachsenden Heer von Verarmten beschwören.

Den Panikmachern hält *Siems* entgegen: Der Zerfall der klassischen Familie sei hierzulande das größte Armutsrisiko. Partner trennten sich heute schneller als früher und vertrauten bei ihrer Alleinerziehung auf den Staat. So wachse schon jedes zweite Hartz-IV-Kind nur mit einem Elternteil auf, weil sich der andere abgeseilt hat.

Auch die „Aufstocker“, die ihren Lohn mit Hartz IV verbessern, seien kein Armutssignal. Für diese Gruppe sei es lukrativer, nur wenige Wochenstunden zu arbeiten und Stütze zu kassieren, als einen Vollzeitjob anzunehmen. Zitat: „Wenn es immer mehr Aufstocker gibt, ist dies ein Indiz für eine eklatante Fehlsteuerung am Arbeitsmarkt und keineswegs ein Beispiel dafür, dass Deutschland ein Unsozialstaat ist.“

Besonders angetan hat es unserer Preisträgerin die Metapher der schwäbischen Hausfrau. Auf diese beruft sich nämlich die Bundeskanzlerin gern. Einer Staatsverschuldung von rund zwei Billionen Euro hätte die schwäbische Hausfrau längst Einhalt geboten, meint unsere Preisträgerin. Sie hätte vorausschauend für ihre Kinder ein Sparbuch angelegt, statt auf Pump immer mehr Ansprüche an den Sozialstaat zuzulassen, vom Elterngeld bis zur Familienpflegezeit. Auf finanzielle Vabanquespiele hätte sich die schwäbische Hausfrau niemals eingelassen, lesen wir in einem Leitartikel von Frau *Siems*.

Kenntnisreich und stets ein wenig widerborstig pflegt sich Frau *Siems* auf dem Feld der liberalen Marktwirtschaft zu tummeln, deren inhaltsentleerte Brache sie beklagt. Dass die bürgerlichen

Parteien auf diesem Acker, wo sie sich einstmals ihrer Kernkompetenz rühmten, weder pflügen noch düngen oder säen, gehört zu den Merkwürdigkeiten, deren Rätsel sie beschreibt und zu ergründen versucht.

Dr. *Werner Mussler* berichtet seit sieben Jahren aus Brüssel Ähnliches. Dort sei, so schreibt er, die Marktwirtschaft längst unter die Räder einer interventionistischen Europapolitik geraten. Auch er schätzt die schwäbische Hausfrau, schließlich ist er in Schwenningen am Neckar geboren. Er studierte ebenfalls die Volkswirtschaft, in Konstanz, im schweizerischen Fribourg und dem anderen Freiburg im Breisgau. Offenbar war eine wissenschaftliche Karriere geplant, denn einer Assistenz am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik in Freiburg folgte Jena, wo er 1993 das erste wirtschaftswissenschaftliche Max-Planck-Institut aufbauen half. 1997 promovierte er mit einer Arbeit über die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union. 1998 reizte *Mussler* der Journalismus, zunächst beim Düsseldorfer Handelsblatt. Vier Jahre später trat er in die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein, die ihn 2004 nach Brüssel entsandte. Seine Schwerpunkte natürlich: die Wirtschafts-, Währungs- und Wettbewerbspolitik der Europäischen Union.



Werner Mussler

Es war und ist stets schwierig, dort ordnungspolitische Festigkeit zu beweisen, bekennt er. Die wirtschaftspolitische Atemlosigkeit nach Brüsseler Art bescherte den FAZ-Lesern manchen journalistischen Leckerbissen, in jüngster Zeit vor allem rund um den Euro. Er beklagt die Fall-zu-Fall-Politik der Eurokraten, wo in Währungsfragen stets Sünder über Sünder entscheiden. Mit ihrer sogenannten flexiblen Währungspolitik hätten die EU-Mitgliedstaaten die Stabilitätsregeln, an die sie eigentlich gebunden sind, großzügigst ausgelegt, verändert oder gleich gebrochen. Die Politisierung der Währungsunion schildert er seinen Lesern als eine Folge von Regelbrüchen.

Besonders erhellend sind seine Analysen, wenn es um die französische Strategie geht, in der sich Präsident *Sarkozy* als oberster Krisenmanager insze-

niert und zaghafte deutsche Stabilitätsversuche auflaufen lässt.

Lange vor der akuten Euro-Krise hat *Mussler* erkannt, dass die Europäische Union eine praktisch grenzenlose Haftung für klamme Euroländer auslobte – freilich in der Hoffnung, die Garantien würden nie gezogen. Die Formel des Präsidenten der Europäischen Kommission *José Barroso* – „Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kostet“ – sei das Einfallstor für eine „französisch inspirierte, sehr teure Transferunion“ gewesen. Genau dazu kam es ja, wie wir heute schmerzlich erfahren.

An *Musslers* Klage über die Abwesenheit des Wettbewerbsgedankens in der Europäischen Union hätte *Ludwig Erhard* ebenso seine Freude gehabt

wie an seinen klugen Analysen zur „Vulgärausgabe keynesianischer Konjunkturpolitik“.

Gewiss ist die Marktwirtschaft kein schlaraffenländliches Gesamtkunstwerk, das auf Knopfdruck allgemeines Wohlbefinden auslöst. Sie ist spontan und zuweilen chaotisch, setzt sich ständig dem schwer berechenbaren Prozess von Versuch und Irrtum aus, birgt jedoch eine elementare Herausforderung: die Freiheit der Verantwortung. Das gilt sogar für die derzeit beliebten Sirtaki-Tänzchen im Rahmen der politischen Maastricht-Folklore.

Ich beglückwünsche unsere Preisträger, wünsche ihnen weiterhin berufliche Erfolge und jene journalistische Beharrlichkeit, für die sie ausgezeichnet wurden. ■



Warum ein Kompass in dieser wandelbaren Welt unentbehrlich ist

Dr. Dorothea Siems

Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der WELT-Gruppe

„Je fragwürdiger die politischen Weichenstellungen sind, desto größer ist der Zeitdruck, unter dem sie getroffen werden. Dieser Schweinsgalopp ist eine bewährte Methode, politische Debatten gar nicht erst zuzulassen. In der Euro-Krise wird von Brüssel die Debatte sowohl in den Nehmerländern wie auch in den Gläubigerländern gefürchtet. Denn hier wie dort spürt die Bevölkerung den Irrsinn.“

In den vergangenen Monaten haben wir so manchen Stern, manches Sternchen, am politischen Firmament verglühen sehen. Der Stern *Ludwig Erhards* dagegen strahlt noch Jahrzehnte nach seinem Tod so hell wie ehemals. Vielleicht sogar heller, weil dieser unermüdliche Streiter für die Marktwirtschaft heutzutage so wenig Konkurrenz in der hiesigen Politik hat. Auf *Erhard* berufen sich viele, die von ihm in Wirklichkeit nur das Schlagwort vom „Wohlstand für alle“ übernehmen würden. Nicht jedoch seine feste Überzeugung, dass der Schlüssel zum Wohlstand in der Marktwirtschaft liegt und eben nicht im Wohlfahrtsstaat oder in der Planwirtschaft. *Ludwig Erhard*, das steht außer Frage, hatte einen Kompass. Und ein solcher Kompass ist auch in unserer heutigen, wandelbaren Welt unentbehrlich.

Die Welt rotiert

Es gibt Zeiten, in denen die Welt sich schneller dreht. Momentan, das spürt wohl jeder, ist so eine Zeit. Atomausstieg, Euro-Krise, der Freiheitskampf im Nahen Osten sind Umwälzungen von großer Bedeutung. Die deutsche Politik reagiert atemlos, getrieben und planlos auf die Veränderungen. Prinzipien, die gestern hoch gehalten wurden, werden heute als vermeintlich überflüssiger Ballast über Bord geworfen. Es wird auf Sicht gefahren. Ein Ziel ist nicht auszumachen, ja nicht einmal die Richtung lässt sich bestimmen. Denn der Kompass ist ebenfalls längst über Bord gegangen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die schwerste seit Jahrzehnten, hat Deutschland überraschend schnell und ohne größere Blessuren

überwunden. All die Pessimisten, die das bundesdeutsche Wachstumsmodell am Ende wähten, sind widerlegt. Galt das Land noch vor einigen Jahren als kranker Mann in Europa, so sprintet es heute vorneweg.

Das ist kein Zufall, sondern ein Beispiel aus dem Lehrbuch: Deutschland hatte sich in den vergangenen Jahren einer Fitness-Kur unterzogen. Die Mischung aus Hartz-Reformen, Agenda 2010, moderater Lohnpolitik und Effizienzsteigerung hat sich als hochwirksam erwiesen. Und so hat die Krise zwar geschmerzt, aber nichts daran geändert, dass das Land kerngesund ist und deshalb besser dasteht als die meisten Wettbewerber.

Doch die Belastungstests, denen Deutschland jetzt ausgesetzt wird, sind anderer Natur. Mit ihren fragwürdigen Euro-Manövern stößt die Regierung in neue, völlig unbekannte Schuldendimensionen vor. Und mit ihrer panikgetriebenen Atomwende riskiert man gleichzeitig eine hausgemachte Energiekrise. In beiden Fällen – und das mag noch schwerer wiegen als die ökonomischen Bedenken – nimmt man in Kauf, dass Grundsätze unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats missachtet werden. Geltende Gesetze werden par ordre du mufti außer Kraft gesetzt und die Rechte des Parlaments negiert. Es herrscht große Unordnung in Deutschland. Und in Europa ist es um die Ordnungspolitik nicht besser bestellt.

Reaktionen auf Fukushima

Wer keinen Kompass hat, keine klare Linie, keine festen Grundsätze, der lässt sich mal hierhin und

mal dorthin treiben. Am 11. März dieses Jahres wurde Japan von einem Jahrhundert-Erdbeben erschüttert und einem Tsunami überrollt. Seither kennt die Welt den Namen Fukushima. Er steht für das schlimmste Atomunglück, das je in einem westlichen Hochtechnologie-Land stattgefunden hat. Die Bilder vom havarierten Kernkraftwerk und den anderen tragischen Folgen der furchtbaren Naturkatastrophe gingen um die Welt. Die Reaktionen waren unterschiedlich.

In Kanada etwa wurden innerhalb von Tagen mehrere Hundert Millionen Euro an privaten Spenden für die Tsunami-Opfer eingesammelt. An ihren Plänen, die Kernkraft zur wichtigsten Quelle der Stromerzeugung auszubauen, halten die Kanadier dagegen fest. Auch die Franzosen vertrauen weiter auf die Kernenergie. 80 Prozent des Stroms stammen von den 58 Reaktoren, und künftig soll auch eine steigende Anzahl von Elektroautos mit Atomstrom gespeist werden. Die USA bauen ebenfalls weiter auf die Kernenergie, und Länder wie Polen wollen einsteigen.

In Großbritannien gibt es nicht einmal eine Debatte. Es gebe hier schließlich keine Erdbeben und Tsunamis, argumentieren die Briten. In der Schweiz immerhin haben sich die Bürger für einen Ausstieg entschieden – doch sie wollen sich dafür fast ein Vierteljahrhundert Zeit lassen. Und die Italiener sprachen sich ebenfalls per Volksentscheid dagegen aus, wieder in die Kernenergie einzusteigen – sie importieren lieber drei Viertel ihres Stroms aus dem Ausland, vornehmlich aus dem Atomland Frankreich.

Kein Land, nicht einmal Japan selbst, reagierte so ängstlich wie Deutschland. Die Bundesregierung schaltete wenige Tage nach Fukushima sieben der 17 hiesigen Atomkraftwerke ab. Und inzwischen ist klar: Sie dürfen nie mehr ans Netz. In nur zehn Jahren soll hierzulande kein Atomstrom mehr produziert werden. Der deutsche Sonderweg wird im Ausland mit Interesse, aber nicht unbedingt mit Verständnis verfolgt. Fukushima lehrt, dass auch Unwahrscheinliches geschehen kann, sagt die Bundeskanzlerin.

Das stimmt zweifellos, sonst wäre es ja nicht unwahrscheinlich, sondern unmöglich. Aber es bleibt trotzdem unwahrscheinlich. In Japan sind Tsunami und Erdbeben indes nichts Unwahrscheinliches, und in Deutschland sind künftig

Engpässe in der Energieversorgung nicht länger unwahrscheinlich. Man muss kein Freund der Atomkraft sein, um die deutsche Reaktion für fragwürdig zu halten.

Die Bilder von Fukushima haben niemanden unberührt gelassen. Die diffusen Informationen aus Japan, ungefilterte Horrorszenarien auf allen Kanälen, die sich widersprechenden Angaben über den hiesigen Energiesektor – in Situationen wie diesen ist es schwierig, nicht völlig die Orientierung zu verlieren. Fest steht: Das sofortige Abschalten war der schärfste aller möglichen Staatsingriffe. Das Argument der Sicherheit überzeugt nicht, wenn 25 Kernkraftwerke in unmittelbarer Nähe Deutschlands stehen und wir jetzt Atomstrom importieren, anstatt wie bisher exportieren. Wie kann eine Regierung bei objektiv gleicher Gefahrenlage erst die Laufzeiten um zehn Jahre verlängern und dann, ein halbes Jahr später, dieses vom Parlament verabschiedete Gesetz einfach außer Kraft setzen? Das ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der Energieversorger und ihrer Aktionäre.

Die Energiewende hat viele Facetten

Erst allmählich wird uns klar, wie viele Facetten die Energiefrage hat. Deutschland hat längst keinen nationalen Energiemarkt mehr, sondern ist eingebunden in ein europäisches Netz. Hier gibt es keine Schranken. Unsere Entscheidungen verändern nicht nur hierzulande die Strompreise, sondern auch in Spanien oder Frankreich. Doch es geht nicht nur um Kosten. Einige EU-Länder haben im Vertrauen auf deutsche Stromexporte ihr eigenes Netz nicht entsprechend ausgebaut und müssen nun ihrerseits Engpässe fürchten. Kein Wunder, dass es Verstimmungen gibt.

Und welche Umweltfolgen hat der Atomausstieg? Es ist noch gar nicht lange her, da war die Klimakatastrophe das große Thema in Deutschland. Ob Katastrophe oder nicht – Deutschland hat sich verpflichtet, seinen Ausstoß an Kohlendioxid zu drosseln. Nun aber werden als Ersatz für die Kernkraft etliche neue Kohlekraftwerke gebaut werden müssen. Denn es ist schlichtweg unmöglich, allein auf erneuerbare Energien zu bauen. Die Technik ist noch nicht so weit, das Problem zu lösen, dass die Natur uns Wind und Sonne nicht verlässlich zur



Verfügung stellt. Der Ausstoß an Kohlendioxid nimmt also zu.

Wer den Treibhauseffekt fürchtet, muss beten, dass die deutsche Reaktion nicht doch noch Schule macht. In Europa stehen mehr als 150 Kernkraftwerke. Wenn die Länder sie abschalten sollten und stattdessen auch nur teilweise auf Kohle und Gas umstiegen, wären alle Weltklimaziele Makulatur. Die Tollkühnheit des deutschen Weges besteht darin, dass die eifrigsten Verfechter des Atomausstiegs gerade diejenigen sind, die auch die Klimakatastrophe am meisten fürchten und deshalb beides bekämpfen: Kohle und Atom. Mit einem naiven Technikglauben heißt es, deutscher Tüftler- und Forschergeist werde alle Energieprobleme lösen. Eine neue Gründerzeit bahne sich an.

Doch zunächst zeigt sich etwas ganz anderes: Die staatliche Kehrtwende in der Atompolitik zieht einen Rattenschwanz an weiteren Eingriffen nach sich. Der Ruf nach Subventionen wird lauter: für Elektroautos, energetische Haussanierung, Solarstrom, Windenergie etc. Und die Politik, in Sorge um die Klimaziele, öffnet das Füllhorn. Die liberale Lehre vom Staatseingriff, der stets eine Interventionsspirale zur Folge hat, bewahrheitet sich. Der Staat, nicht der Markt, hat entschieden, dass das Elektroauto das Fahrzeug der Zukunft ist – obwohl es auch ganz andere technische Varianten gäbe. Und Solarstrom: Seit vier Jahrzehnten pumpen vor allem Deutschland und Japan mehrere Hundert Milliarden Euro in diese Energiegewinnung, ohne dass sich dies bisher rentiert hätte.

Das zeigt: Auch mit allen Mitteln kann der Staat den technischen Fortschritt nicht erzwingen. Bahnbrechende Innovationen sind nicht planbar. Alles, was der Staat tun kann, ist, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Weltweit sucht die Menschheit seit Generationen nach neuen, umweltfreundlichen Energiequellen. Es ist vermessen, darauf zu wetten, dass wir die Lösung innerhalb einer Dekade finden.

Alternativlose Politik?

Ähnlich komplex wie die Energiewende ist die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union. Auch hier wird die Angst der Bevölkerung als politisches Mittel eingesetzt. Die Entscheidung darü-

ber, ob der Steuerzahler für Griechenland zahlen soll, wurde zur Frage von Krieg und Frieden stilisiert. Und jeder, der Zweifel am Nutzen der wiederholten Not-Programme äußert, wird als Nationalist, Populist, Anti-Europäer tituliert. Ängste wollen auch diejenigen schüren, die vor einer neuen und noch schlimmeren Finanzkrise als Folge eines Staatsbankrotts Griechenlands warnen – vor einem Dominoeffekt in Europa, möglicherweise in der ganzen Welt. Deshalb müsse der überschuldete Staat um jeden Preis gerettet werden.

Und wie immer in diesen Situationen heißt es: Der Weg ist alternativlos. Dieses „TINA-Prinzip“ – „There Is No Alternative“ – wurde einst von *Margaret Thatcher* geprägt. Auch die britische Reformerin, die Eiserne Lady, hielt ihren umstrittenen Kurs für alternativlos. Selbstverständlich war er es nicht. Politik ist niemals alternativlos. Die Briten hätten sich damals weiter mit einer veralteten Wirtschaftsstruktur, klassenkämpfenden Gewerkschaften und einer drückenden Schuldenlast durchwursteln können. *Thatchers* radikal marktwirtschaftlicher Kurs bescherte dem Land eine neue Blütezeit – die allerdings in der Finanzkrise ein vorläufiges Ende fand. Zurück zur alten Zeit will in England trotz der derzeitigen Wirtschaftsprobleme aber wohl niemand.

Es gibt immer Alternativen. Doch unsere Politiker haben sich seit der Weltfinanzkrise daran gewöhnt, dies bei den wichtigen Entscheidungen zu leugnen. Die Konjunkturpakete und die Bankenrettung waren „alternativlos“, die diversen Griechenland-, Portugal- und Irlandhilfen sollen es ebenfalls sein, und letztlich soll es auch zur Energiewende keine verantwortbare andere Lösung geben. Weil die Themen so vielschichtig erscheinen, akzeptieren viele Bürger diese angebliche Alternativlosigkeit. Wer kennt sich schon aus mit den internationalen Finanzmärkten und den an ihnen gehandelten Finanzprodukten? Selbst viele Banker müssen hier bekanntlich passen. Und wer kann die Gefahren der Atomkraft beurteilen, versteht die Abläufe in den Kernkraftwerken?

Gefürchtete Debatten

Stets werden die Probleme als zu komplex dargestellt, als dass Bürger oder auch die Parlamentarier die Zusammenhänge verstehen könnten. Im Zweifel, so heißt es in puncto Euro oder Atom apodik-

tisch, müsse man sich für die europäische Solidarität und für die Sicherheit der Bevölkerung entscheiden. Was aber ist mit der ökonomischen Vernunft, der Solidität, dem Rechtsstaat?

Je fragwürdiger die politischen Weichenstellungen sind, desto größer ist der Zeitdruck, unter dem sie getroffen werden. Dieser Schweinsgalopp ist eine bewährte Methode, politische Debatten gar nicht erst zuzulassen. In der Euro-Krise wird von Brüssel die Debatte sowohl in den Nehmerländern wie auch in den Gläubigerländern gefürchtet. Denn hier wie dort spürt die Bevölkerung den Irrsinn. Wer will ernsthaft an den Erfolg der Griechenland-Nothilfe glauben, wenn erdrückende Schulden mit immer neuen Schulden finanziert werden und dabei die Gläubiger selbst zunehmend höhere Schulden vor sich herschieben?

Mit unvorstellbaren Geldsummen kämpft die Euro-Gruppe seit mehr als einem Jahr gegen die Tatsache, dass Griechenland zahlungsunfähig ist. Selbst der Ruf der Europäischen Zentralbank als unabhängige Hüterin der Geldwertstabilität wurde geopfert, um vorzugaukeln, die Griechen hätten lediglich ein Liquiditätsproblem. Vor einem Jahr wurden die europäischen Verträge gebrochen, die das Herauspauken eines überschuldeten Staates durch die Euro-Partner ausdrücklich verbieten.

Heute ist die Lage schlimmer als vor zwölf Monaten. Die Märkte sind weiter in Aufruhr, andere Länder hängen mittlerweile auch am Tropf, und anti-europäische Ressentiments nehmen überall in Europa zu. *Erhard* wusste stets, dass Politik nicht gegen die Märkte regieren kann. Denn die Finanzmittel des Marktes sind ungleich größer als die des Staates. Es wird immer teurer, die unhaltbare Position, in die sich die Euroländer manövriert haben, zu verteidigen.

Verwirrung des Publikums

Angst, Zeitdruck, Konfusion – die Verwirrung des Publikums ist die dritte Säule des TINA-Prinzips, der beschworenen Alternativlosigkeit. In der Euro-Krise argumentieren die EU-Regierungschefs gern, dass ein Schuldenschnitt Griechenlands eine zu simple Lösung sei, die dem komplexen Problem nicht gerecht werde.

Auch die Europäische Zentralbank und die Bundesbank argumentieren so. Die Zentralbanker sind jedoch nicht mehr in der Rolle eines ehrlichen Maklers. Sie sind befangen, weil sie in der Euro-Krise fatalerweise zum Mitspieler wurden, als sie vor einem Jahr ihre eigenen Grundsätze verraten haben und seither die Schrottpapiere der Schuldensünder als Sicherheiten für frisches Geld akzeptieren. Jeden, der den jetzt eingeschlagenen Weg kritisiert, versuchen Finanzpolitiker und Zentralbanker mit Fachbegriffen mundtot zu machen. Sie suggerieren, dass sie recht haben, weil sie mehr Insiderwissen über eine hoch komplexe Materie besitzen.

Jedoch leben wir nicht in einer Experten-Diktatur. Natürlich kennen Finanzfachleute mehr Details als andere Bürger. Doch die wichtigsten Regeln des Marktes sind einfach und lassen sich deshalb mit klarem Menschenverstand erkennen. Die technische Abwicklung einer Umschuldung ist kompliziert. Aber das gilt noch mehr für die diversen Rettungsmechanismen, die es mittlerweile in Euroland gibt. Und nach einem Jahr zeigt sich, dass die Retter keineswegs besser informiert waren. Die Märkte haben Griechenland durchfallen lassen, weil sie sich nicht haben täuschen lassen. Neues Geld, selbst wenn es sich um schwindelerregend hohe Summen handelt, vermag die griechische Wirtschaft nicht in eine wettbewerbsfähige Zukunft zu katapultieren.

Inzwischen räumen viele Verantwortliche ein, dass es nur noch darum gehe, Zeit zu kaufen, und der Schuldenschnitt irgendwann kommen werde. Doch können wir es uns wirklich leisten, so viel Geld auszugeben, um uns Zeit zu kaufen? Wir sitzen selbst auf einem hohen Schuldenberg, kommen demographiebedingt in schwierige Zeiten und haben unsere Sozialsysteme noch gar nicht zukunftsfähig gestaltet. Wir sollten wahrlich sparsamer mit unseren Kräften umgehen, denn wir werden sie dringend brauchen.

Die neueste Idee ist, die Griechen nun dadurch retten zu wollen, dass wir sie in unsere Energie- und Wirtschaft einbeziehen. Sowohl aus der Regierung als auch aus der Opposition wird Sympathie für diesen Plan geäußert. Er erscheint allerdings nur insofern schlüssig, als dass bisher sowohl die erneuerbaren Energiequellen als auch die griechischen Unternehmen nicht wettbewerbsfähig sind. Man will also zwei Fußkranke aneinanderketten, damit

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2012



Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** vergibt alljährlich einen von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Neben dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5000,- €.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2011 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2012 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Hans D. Barbier

Ulrich Blum • Otmar Franz • Michael Fuchs •

Martin Grüner • Thomas Hertz • Christian Watrin

Einsendeschluss: 1. Februar 2012
Beiträge und Vorschläge bitte an:

Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de

sie so die Olympiade gewinnen. So kompliziert die beiden Themen, Energie und Euro, auch sein mögen, der Bürger dürfte erkennen, dass dies der größte aller Schildbürgerstreiche wäre und nur Politiker, die *Ludwig Erhard* nie verstanden haben, auf eine solche Idee kommen können.

Die Stimme aus dem Navigationsgerät

Ordnungspolitik, so wird oft gesagt, sei etwas für Schönwetterlagen. In der Krise müsse man pragmatisch sein. Dabei ist es umgekehrt. Gerade dann, wenn es stürmisch ist, braucht man einen Kompass, um sich trotzdem zurechtzufinden. Deutschlands Realpolitik hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von ordnungspolitischen Prinzipien entfernt. Um dies zu erkennen, genügt ein Blick auf die Staatsschulden, in den Subventionsbericht, ins Steuerrecht, auf die Min-

destlöhne, auf die Wiederverstaatlichung des Energiemarktes – die Liste ließe sich fortsetzen.

Für Autofahrer, die sich schwertun, den richtigen Weg zu finden, gibt es das Navigationsgerät. Es ist viel leichter handhabbar als ein Kompass. Die Ordnungspolitik ist die Stimme aus dem „Navi“, die Politikern die Richtung weist. Leider ignorieren die Verantwortlichen diese Hinweise heute fast immer. Wir fahren mal hierhin, mal dorthin. Hier ein neuer Mindestlohn, dort eine unsinnige Steuerausnahme, eine höhere Abgabe. Noch ist der Tank nicht leer. Doch wer Umwege macht, braucht viel Benzin.

Trotz allem bleibe ich optimistisch: Die Stimme *Erhards* wird nicht verstummen. Und wie beim Autofahren gilt auch in der Wirtschaftspolitik: Ganz gleich, wie sehr man sich verfahren hat, es gibt immer einen Weg zurück auf den richtigen Pfad. ■



Welches Europa?

Dr. Werner Mussler

Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Brüssel

„Das wahrscheinlich wichtigste Argument für den Euro lautete, dieser sei ein politisches Projekt, hinter dem ökonomische Erwägungen zurückstehen hätten. Es war einerseits ehrlich: Gute ökonomische Argumente für die Währungsunion hat es kaum gegeben. Es war aber zugleich gefährlich, weil es die ökonomische Folgenabschätzung tabuisiert hat.“

„Welches Europa?“ – Das ist eine sehr diffuse, eine für den Rahmen dieser Veranstaltung im Prinzip viel zu große Frage. Das gilt auch noch, wenn ich sie in irgendeine Richtung präzisiere. Etwa: Welches Europa haben wir? Welches bekommen wir? Welches wollen wir? „Welches Europa?“ – das ist gerade aus liberaler Sicht eine keineswegs triviale Frage. Denn die europäische Idee – und selbst die Europäische Union als die real existierende Ausprägung dieser Idee – bleibt ein liberales, ein marktwirtschaftliches Projekt. Derzeit entwickelt sich die Europäische Union in eine andere Richtung. Das muss die Kritik liberaler Europäer hervorrufen. Die Kritiker sollten aber dabei nicht stehenbleiben, sondern „ihr“ Europa verteidigen.

Erlauben Sie mir vier kurze Gedanken in dieser Richtung. Erstens: Die Europäische Union ist im Kern ein liberales Projekt. Zweitens: Sie entwickelt sich davon weg zu dem, was Transferunion genannt wird. Drittens: Das Integrationsmodell der Transferunion ist nicht nur ökonomisch fragwürdig, sondern stößt schnell auch an politische Legitimitätsgrenzen. Und viertens: Es gibt eine Alternative.

Die Europäische Union als liberales Projekt

Der marktwirtschaftliche Kern der Europäischen Union ergibt sich nicht daraus, dass seit „Lissabon“ die Soziale Marktwirtschaft als Gemeinschaftsziel im EG-Vertrag normiert ist. Genauer ist da nämlich „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ als Ziel formuliert. Das ist eine Leerformel, die niemand mit Substanz füllen kann. Die Soziale Marktwirtschaft hat lediglich auf europäischer Ebene jene politische Attraktivität einer unverbindlichen Kompromissfor-

mel erlangt, die sie in Deutschland schon lange politisch anziehend macht. Inhaltliche Bindungswirkung lässt sich daraus nicht ableiten.

Der marktwirtschaftliche Kern der Europäischen Union rührt anderswo her. Die europäischen Verträge der Nachkriegszeit enthielten nicht nur das Versprechen, dass es in Europa nie wieder Krieg geben sollte. Sie enthielten auch ein politisches und ein wirtschaftliches Freiheitsversprechen. Dieses Freiheitsversprechen hat sich für die Bürger und für die Wirtschaft weitgehend erfüllt, im Alltag der vier Freiheiten des Austauschs von Arbeit und Kapital, von Gütern und Diensten und im Alltag des unbehinderten Grenzübertritts.

Die Verfassung der Gemeinschaft ist bestimmt von den universal geltenden – und einklagbaren – Rechten der Bürger auf Teilnahme am grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr, der damit einhergehenden Einschränkung der mitgliedstaatlichen Regulierungssouveränität und der aus den Grundfreiheiten resultierenden Wettbewerbshandlungen. Sie ist, kurz gesagt, eine marktwirtschaftliche Verfassung.

Die Europäische Union als Transferunion

Das ist freilich nur die halbe Wahrheit. Aktuell sind die Grundfreiheiten durch den wieder wachsenden Protektionismus der Mitgliedstaaten bedroht. Und natürlich waren und sind Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft und Europäische Union nicht ausschließlich ein Hort von Marktwirtschaft und Wettbewerb. Die Montanunion war eine genauso interventionistische Veranstaltung, wie es die Agrarpolitik bis heute ist. Über die Jahre hinzugekommen sind verschiedene „Politiken“ – sie heißen nicht

umsonst so. Beispiele sind die Forschungs- und Technologiepolitik, die Industrie- und die Umweltpolitik. Das wohl typischste Beispiel ist die europäische Kohäsionspolitik, die als eine Art inner-europäische Umverteilungspolitik konzipiert wurde. All diese „Politiken“ sind durch den Versuch gekennzeichnet, die wirtschaftliche Integration von oben nach kollektiven Zielen mit politischen Mitteln zu steuern.

Die Kohäsionspolitik war die Vorstufe dessen, was wir heute im Euroraum als Transferunion wahrnehmen. Es gibt aber – neben den veränderten Größenordnungen – einen wesentlichen Unterschied. Die „Rettungsschirme“ entziehen sich gängigen verteilungspolitischen Begründungen, auch wenn die Politik das Nebelwort Solidarität einsetzt. Dreistellige Milliardenbeträge für Griechenland werden ja nicht damit gerechtfertigt, dass die Griechen von einer sozialen Ungerechtigkeit erlöst werden müssten. Wäre Griechenland nicht Mitglied der Währungsunion, die sprichwörtliche Solidarität wäre viel geringer. Nein, diese Beträge sind in der Sicht der Transferbefürworter notwendig, um – als „Ultima Ratio“ – die „Finanzstabilität des Euro“ zu sichern. Und um die Kanzlerin zu zitieren: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Die Transfers müssen also Europa retten.

Der Euro als politisches Projekt

Wie weit trägt ein Europa, das nur funktioniert, wenn es durch einen riesigen Finanzausgleich am Leben erhalten wird? Scheitert der Euro, dann scheitert Europa – war das mit der Behauptung *Helmut Kohls* gemeint, der Euro sei eine Frage von Krieg und Frieden? Hoffentlich nicht. Jedenfalls landen wir wieder bei der Ausgangsfrage: Welches Europa? Die Euro-Krise zeigt, dass zwei miteinander zusammenhängende Integrationsphilosophien, die beide hinter dem Beschluss zur Einführung der Währungsunion vor bald zwanzig Jahren standen, an ihre Grenzen gestoßen sind: Die Fahrradtheorie – und der Glaube, eine gewünschte politische Integration lasse sich mit ökonomischen Mitteln durchsetzen, ohne dass deren ökonomische Implikationen berücksichtigt werden müssen.

Die Anhänger der Fahrradtheorie behaupten, Europa sei wie ein Fahrrad: Wenn es stillstehe, falle es um – Stillstand sei Rückschritt. *Kohl* wollte in diesem Sinn die europäische Integration durch die

Währungsunion unumkehrbar machen – und sich nicht durch ökonomische Bedenkenträger aufhalten lassen. Aber die Integration lässt sich nicht unabhängig von ihrem Inhalt, unabhängig von ihren Folgen und unabhängig von ihrem ökonomischen Sinn vorantreiben.

Darauf hat schon *Ludwig Erhard* hingewiesen. In einem Schreiben an Bundeskanzler *Konrad Adenauer* vom April 1955 äußerte sich *Erhard* skeptisch zu den absehbaren Ergebnissen der Messina-Konferenz. Sie wären in erster Linie auf eine sektorale wirtschaftliche Integration, also auf eine wenig marktwirtschaftliche Lösung hinausgelaufen. „Jene monomane Haltung“, so *Erhard*, „die alles gutheißt, was überhaupt nur europäisch verbrämt werden kann“, führe zu „keiner wahrhaft europäischen Lösung und Befriedung“. Schlimmer, als ein ökonomisch falsches Integrationsprojekt abzubrechen, wäre „ein misslungener praktischer Versuch, der die europäische Idee endgültig zerdrücken müsste“.

Ein wenig erinnert *Erhards* Mahnung an die Währungsunion. Das wahrscheinlich wichtigste Argument für den Euro lautete, dieser sei ein politisches Projekt, hinter dem ökonomische Erwägungen zurückzustehen hätten. Es war einerseits ehrlich: Gute ökonomische Argumente für die Währungsunion hat es kaum gegeben. Es war aber zugleich gefährlich, weil es die ökonomische Folgenabschätzung tabuisiert hat: Wer auf die Risiken einer Währungsunion von ökonomisch höchst unterschiedlichen Ländern hinwies, galt als schlechter Europäer. Heute zeigt sich, dass jene recht hatten, die vor den auch politischen Folgen einer ökonomisch missglückten Währungsunion warnten.

Legitimitätsgrenzen

Der Euro ist heute auch politisch kein Symbol der Einigkeit, sondern der Zerrissenheit. Das zeigt schon die Verwendung der Begriffe „Nordländer“, „Südländer“ oder „PIIGS“. Die Einwohner der „Nordländer“ verbinden mit dem Euro derzeit vor allem, dass ihr Geld in ein Fass ohne Boden fließt. Aber auch die Einwohner der „Südländer“ erleben die Währungsunion als Bedrohung. Die ihnen schon auferlegten oder noch drohenden Austeritätsprogramme schmälern ihren Wohlstand; ihre Regierungen sehen sich massiven Einschränkungen



gen ihrer Souveränität gegenüber. Und jene Länder, die bisher nicht dem Euroraum angehören, sind über diese Tatsache froh. Für Nord- wie für Südländer hat dieses Europa keine Legitimation.

Das dahintersteckende Dilemma weist über den ökonomischen Aspekt hinaus. Es zeigt auch, dass die Europäische Union das von ihr selbst gegebene Freiheitsversprechen zu kassieren droht. Die Bürger der Nordländer erleben Europa als nicht mehr legitimierte und nicht mehr kontrollierbare Leviathan, der sie buchstäblich ausraubt. Die Bürger der Südländer erleben Europa keineswegs als Wohltäter, sondern als die Instanz, die ihnen ihre Chancen raubt. Das wirft die Frage auf, wie zukunftsfähig ein solchen Spannungen ausgesetztes Europa sein kann. Wie lange noch wird der Bundestag weitere Transfers an andere Länder unterstützen? Wird ein griechisches Parlament weiteren Sparprogrammen zustimmen? Und welche Folgen für die europäische Integration hätte das?

Die skizzierten Konflikte lassen sich auch nicht einfach durch neue Interventionen heilen. Die Reformbemühungen, mit denen versucht werden soll, die derzeitigen Konstruktionsfehler der Währungsunion zu beheben, fallen zu einem nicht geringen Teil in die Kategorie „Anmaßung von Wissen“. Das gilt besonders für den auf die Kanzlerin zurückgehenden „Euro-Plus-Pakt“ und die geplanten „Verfahren bei übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten“. Beide sind bemerkenswerte sozialistische Experimente.

Es wäre nicht nur anmaßend und absurd, wenn die Europäische Union Deutschland zu einem Abbau seines Exportüberschusses etwa durch eine Ankurbelung der Binnennachfrage, etwa durch überdurchschnittliche Lohnerhöhungen, bewegen wollte. In der umgekehrten Richtung wären die europäischen Eingriffe genauso anmaßend und absurd: Warum sollte es der Bundeskanzlerin oder der Europäischen Kommission gelingen, beispielsweise die Spanier dazu zu bringen, auf ihre Siesta zu verzichten? Und wäre das wünschenswert? Eine Integration, die auf zentraler Planung beruht und den einzelnen Ländern nicht ihre kulturellen Eigenheiten lässt, ist nicht nur unsinnig, weil zum Scheitern verurteilt. Sie ist darüber hinaus freiheitswidrig.

Was ist die Alternative?

Welches Europa also? Es mag naiv sein, „back to the roots“ zu fordern. Ich will es – etwas qualifizierend – dennoch tun, weil dadurch klarer werden sollte, dass die marktwirtschaftliche Integration auch politisch weniger Konflikte birgt als die interventionistische. *Ernst-Joachim Mestmäcker*, einer der großen liberalen Vordenker der europäischen Integration, hat vor einigen Jahren das „europapolitisch fast Udenkbare“ vorgeschlagen: „die Reduktion der Aufgaben der Gemeinschaft auf solche Angelegenheiten, die sie mit eigenem Verwaltungspersonal wirksam und unter der Kontrolle des Parlaments und der rechtlichen Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs erfüllen kann“.

Inhaltlich bedeutet das die Beschränkung der Europäischen Union auf das, was man Integration von unten oder Integration durch Wettbewerb nennen könnte. Das „Integrationsmedium“ dieser Strategie sind nicht staatliche Aktionen, sind keine „Politiken“. Das Integrationsmedium bilden vielmehr die Handlungen der Bürger über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Diese sind gewissermaßen autonome Agenten der Integration. Der Markt ist also nicht nur Integrationsziel, sondern auch Integrationsinstrument.

Eine solche Integrationsstrategie braucht „Harmonisierung“ nur insoweit, als sie die grenzüberschreitende Nutzung des Privatrechts nach gemeinsamen Regeln sicherstellt. Die – wie gesagt: einklagbaren – Grundfreiheiten erfüllen diesen Zweck; sie werden durch die Wettbewerbsregeln wirkungsvoll ergänzt. Die damit verknüpften Kompetenzen der Gemeinschaftsebene sind klar beschränkt: Soweit für die Wettbewerbssicherung und Durchsetzung der Freiheitsrechte notwendig, muss die Europäische Union möglichst vollständige Durchgriffsrechte auf die nationale Ebene haben. Die unmittelbare Geltung der Wettbewerbsregeln entspricht diesem Postulat ebenso wie die Tatsache, dass die Marktbürger ihre Freiheitsrechte vor Gericht gegen Regulierungsansprüche der Staaten durchsetzen können. Deshalb ist das, was ich hier beschreibe, deutlich mehr als eine Freihandelszone.

Zum Kernbestand des Gemeinschaftsrechts gehört das sogenannte Prinzip der funktionalen Legitimation der europäischen Ebene: Die Europäische Union darf nur insoweit tätig werden, als sie zu ei-

ner solchen Tätigkeit vertraglich ausdrücklich ermächtigt ist. Das Prinzip hat freilich schon dadurch erheblich an Bedeutung verloren, dass die Europäische Union mittlerweile allerlei wenig abgrenzbare – und damit schlecht justiziable – Zuständigkeiten erhalten hat, die eine Legitimierung schwierig machen. Von diesem Problem zeugen die wiederholten europarechtlichen Eiertänze des Bundesverfassungsgerichts. Spätestens die „Rettungsschirme“ haben das Prinzip der funktionalen Legitimation ad absurdum geführt.

Das daraus entstehende Legitimationsproblem sollte daran erinnern, wie wichtig die saubere Abgrenzung europäischer Zuständigkeiten ist. Sie setzt voraus, dass wir uns über die „Finalität der Europäischen Union“ Gedanken machen. Darüber ließe sich viel sagen. Kurz gesagt ist das Ergebnis solcher Überlegungen wahrscheinlich, dass die Europäische Union eher zu viele als zu wenige Kompetenzen hat.

Politökonomisch mag es wenig plausibel sein zu glauben, dass sich Politiker ihre eigenen Regulie-

rungsansprüche zurückzunehmen bereit sind. Kurzfristig ist das wohl wirklich nicht anzunehmen. Mangelnde Legitimation manifestiert sich aber irgendwann – in Ansätzen ist das schon erkennbar – in der Abkehr der Wähler von Europa. Wenn das verhindert werden soll, stellt sich die Frage nach dem „richtigen“ Europa relativ schnell.

Gerade wer Europa als Friedens- und Freiheitsprojekt leidenschaftlich unterstützt, muss dessen Gefährdungen identifizieren – und Europa auch gegen geschwätzige Kritiker in Schutz nehmen, die nicht wissen, wovon sie reden. Und er muss darauf hinweisen, dass es eine höchst attraktive ordnungspolitische Alternative gibt. Als Kronzeuge sei noch einmal *Mestmäcker* zitiert, der – unter erkennbarer Berufung auf *Immanuel Kant* und *Adam Smith* – Folgendes formuliert: „Der Weg zum Frieden führt über die Anerkennung der unmittelbaren Rechtsbeziehungen von Bürgern untereinander, die nicht einen öffentlichen Auftrag wahrnehmen, sondern Delegierte ihres eigenen Interesses sind.“ Das ist mindestens eine gute erste Antwort auf die Frage „Welches Europa?“ ■